

# Ein schwieriges Geschäft

## Die USA auf dem Weg zur Präsidentenwahl

*Am 5. November wird der Präsident der Vereinigten Staaten gewählt. Bill Clinton, der vor vier Jahren über den Amtsinhaber George Bush triumphierte, ist als demokratischer Kandidat konkurrenzlos. Bei der Republikanischen Partei läuft nach den bisherigen Vorwahlen alles auf die Kandidatur von Bob Dole hinaus. Voraussagen über den Wahlausgang sind zum jetzigen Zeitpunkt nur schwer möglich.*

Am 12. und 13. März 1996 hatten die amerikanischen Fernsehsender zur *prime time* viel über Präsident Clintons Auftritte während des Antiterror-Gipfels in Scharm el Scheich zu berichten. Für einen Tag waren 29 Staats- und Regierungschefs zusammengekommen, um in jeweils fünf Minuten ein vorbereitetes Statement gegen den Terror in jeder Form vorzulesen. Die Wahlkampforganisatoren im Weißen Haus verbanden mit der Konferenz noch weiterreichende Ziele: der Präsident konnte dem Publikum daheim als Weltführer vorgeführt werden, der die internationale Politik entscheidend prägt.

Gleichzeitig wurde im amerikanischen Fernsehen über die Vorwahlen (*primaries*) in sieben Bundesstaaten berichtet. Bei den Primaries an diesem 12. März setzte sich *Bob Dole* von seinen Mitbewerbern *Steve Forbes* und *Pat Buchanan* deutlich ab. Dole hatte nach diesem *Super Tuesday* 741 Delegiertenstimmen (von 996, die zur Mehrheit auf dem kommenden Wahlkongreß in San Diego erforderlich sind) gewonnen, und am folgenden Tag gab Forbes seine Bewerbung um die Präsidentschaftskandidatur der Republikaner auf.

War die Überschneidung von Antiterror-Konferenz und Primaries des *Super Tuesday* auch durch die brisante Situation in der Nahostpolitik erzwungen worden, so war Clintons Teilnahme am Gipfel von Scharm el Scheich gleichzeitig ein Element eines „imperialen“ Wahlkampfes aus dem Weißen Haus heraus, welcher der Bevölkerung lange vor der Präsidentenwahl am 5. November 1996 signalisieren sollte, daß Clinton im Vergleich mit Dole der bessere Präsident sein werde. Einstweilen war es Clintons Wahlkampfstab gelungen, innerhalb der endlosen Kette republikanischer Vorwahlen die Anstrengungen der Gegner zu konterkarieren. Besonders für die amerikanischen Juden wurde der Präsident als Mann dargestellt, der sich gerade dann für den Nahostfrieden einsetzt, als dieser Friede wegen der Selbstmordattentate der Hamas auf Messers Schneide stand. Wahlkampf und Tagespolitik gehen in den USA stets fugenlos ineinander über.

### Vorwahlen in mehreren Spielarten

Wer in Amerika Präsident werden will, muß ein Hindernissen über viele Hürden siegreich bestehen. Nicht allein, daß dieser Mann – eine Frau gelangte noch nie in die Präsidentenwahl, auch noch nie ein schwarzer Bürger – am Wahltag, der in einem Schaltjahr stets der erste Dienstag im No-

vember ist, gegen den Kandidaten der anderen Partei unterliegen kann. Fast noch hindernisreicher ist es, vorher die Präsidentschaftskandidatur der eigenen Partei zu gewinnen. Die Präsidentschaftskandidaten werden auf den *Conventions* (Wahlparteitagen) der jeweiligen Partei bestimmt. Dieses Jahr findet die Convention der Demokraten in Chicago statt. Sie ist jedoch nur von formaler Bedeutung, da Präsident Clinton ohne Gegenkandidat ist und bei den demokratischen Vorwahlen allein auf den Wahlzetteln erscheint. Die Convention der Republikaner wird im August in San Diego stattfinden. Auf ihr werden 1990 Delegierte, die bei den Vorwahlen zu bestimmen waren, den Präsidentschaftskandidaten bestimmen. Präsidentschaftskandidat wird der Politiker, der die Mehrheit aller Delegierten, also mindestens 996, gewinnt. Es können auch *unabhängige Präsidentschaftskandidaten* auf-

Fachhochschule  
Neubrandenburg



Die **Fachhochschule Neubrandenburg** veranstaltet vom **07.06.–09.06.1996** eine Tagung zum Thema

### „Kirche und Armut“ unter dem Leitmotiv und der Streitfrage „Die Armen habt ihr allezeit bei euch!“

Soziologen, Theologen, Philosophen, Rechtswissenschaftler, Sozialpädagogen diskutieren in Vorträgen und in Workshops das Problem der Armut in der modernen Weltgesellschaft, die Formen des Problems auf einer Bandbreite zwischen materieller und spiritueller Verelendung und die Strategien, die die Kirchen in diesem Zusammenhang entwickeln. Die Tagung ist wesentlich auf Kontroverse, auf Zuspitzung des Themas hin angelegt.

Die Teilnahmegebühr beträgt **35,00 DM**.

Interessent/inn/en melden sich bitte bei

**Herrn Prof. Dr. Peter Fuchs**  
**Fachhochschule Neubrandenburg**  
**Brodaer Str. 2, 17033 Neubrandenburg**  
**Tel.: 03 95/56 93-104**  
**Fax.: 03 95/56 93-105**

treten, wenn sie mit ausreichender Wählerunterstützung und mit genügend Geldmitteln in der Lage sind, die einschlägigen Vorschriften in den einzelnen Bundesstaaten zu erfüllen. Die unabhängigen Kandidaten sind in der Regel chancenlos, zum Präsidenten gewählt zu werden. Dafür werden sie bei der Präsidentenwahl jedoch zum Zünglein an der Waage, wenn sie einem vermeintlich gewinnenden Kandidaten so viele Stimmen abnehmen, daß dieser dann doch verliert.

Vorwahlen können in den Bundesstaaten durchgeführte *Primaries* sein, bei denen von den Staaten die Regeln der Wahlgesetze angewandt werden, um die Auswahl unter den Bewerbern *einer* Partei zu organisieren. Voraussetzung der *Primaries* ist, daß die Bürger sich als Wähler einer bestimmten Partei eintragen lassen, bei deren Kandidatenauswahl sie dann um die Stimmabgabe gebeten werden. Der eingetragene Wähler der Partei A hat das Recht, bei der *Primary* den Kandidaten der Partei A – nicht den der Partei B – mitzubestimmen. Erst bei der Präsidentenwahl, wenn die Kandidaten der Partei A und B auf einem Wahlzettel zusammengeführt sind, wählen die eingetragenen Wähler beider Parteien den Präsidenten. Oft ist es der Fall, daß Wahlberechtigte einer Partei bei der Präsidentenwahl den Kandidaten der anderen Partei wählen – bei der Wahl also wieder völlig frei sind. Deutlich wird dabei, daß die Konturen der Parteien in den USA fließend, manchmal sogar kaum vorhanden sind. Parteien erscheinen als unscharf umrissene Organisationen, die mithilfe, die für die Präsidentenwahl unerläßliche Reduktion der vielen Bewerber auf zwei zu befördern.

Um Vorwahlen geht es auch, wenn in den Regionen eines Staates dezentral parteiinterne Auswahlveranstaltungen (*caucuses*) abgehalten werden, auf denen die Delegierten zur *Convention* bestimmt werden. Im wahltechnischen Sinn sind die *caucuses* eigentlich keine „*primaries*“, weil für sie das von der staatlichen Verwaltung durchgeführte offizielle Wahlverfahren nicht angewandt wird. Beim *caucus*-Verfahren, das in den Staaten noch einmal unterschiedliche Formen annimmt, tritt der Eigencharakter der Partei deutlicher in Erscheinung. In Louisiana, Wyoming und Virginia gibt es noch eine dritte Spielart der Vorwahlen: die Delegierten zu den *Conventions* werden auf einem Parteitag für den jeweiligen Staat, nicht auf den *caucuses* in den Regionen des Staats, gewählt.

Bis Ende März 1996 hatten 23 Staaten ihre Vorwahlen durchgeführt, unter ihnen die bevölkerungsreichsten Staaten Kalifornien, New York, Florida und Texas. Das bedeutete, daß zu diesem frühen Zeitpunkt bei den Republikanern bereits 80 Prozent aller Delegierten zum Parteikonvent im August feststanden. Die republikanische Partei war sich vier Monate vor San Diego über ihren Präsidentschaftskandidaten klar geworden. Erkennbar war, daß auf der *Convention* keine Vereinbarungen der letzten Minute nötig sein werden, die einem Kandidaten erst die Wahlmehrheit beschaffen müssen.

Der Anfang der Vorwahlen im Februar war für die Republikaner ein quälender Prozeß innerparteilicher Auseinan-

dersetzungen, an denen sich zuerst sieben Kandidaten beteiligten. *Bob Dole*, Senator aus Kansas, Führer der Senatsmehrheit und schon seit 1960 Mitglied des Kongresses, war im Vorfeld allgemein als der aussichtsreichste republikanische Bewerber angesehen worden. Als die Vorwahlen am 6. Februar mit dem Landeskonvent in *Louisiana* begannen, unterlag Dole überraschend dem rechts-radikalen Fernsehjournalisten *Patrick Buchanan*, der seinerseits acht Jahre lang für die Präsidenten Nixon, Ford und Reagan als Kommunikationsfachmann im Weißen Haus tätig gewesen war. Die nächste Vorwahl in *Iowa*, entschieden nach dem caucus-Modell, brachte Dole nur einen hauchdünnen Sieg über Buchanan (Dole 26 Prozent, Buchanan 23 Prozent). Buchanan hatte, was in allen Staaten der Fall sein sollte, die im Bauernstaat Iowa gut organisierte religiöse Rechte für sich gewonnen.

Doles knapper Vorsprung erschien Mitte Februar fast schon als eine bedrohliche Niederlage. Die auf den nächsten Plätzen einkommenden Mitbewerber *Lamar Alexander*, *Steve Forbes* und *Phil Gramm* schieden in den folgenden Wochen wegen Erfolglosigkeit und daraus sich ergebendem Geldmangel aus dem Rennen aus. Präsident Clintons Ausgangsposition sah nach dem Termin in Iowa gut aus, denn je mehr die Republikaner sich innerparteilich spalten und keinen starken Kandidaten präsentieren würden, desto eher würde er bei der Novemberwahl als dominierender demokratischer Kandidat in Erscheinung treten können.

Als dann Buchanan am 20. Februar in *New Hampshire* die ersten offiziellen *Primaries* gegen Dole gewann (Buchanan 27 und Dole 26 Prozent), wurde Dole von vielen bereits abgeschrieben, erinnerte sich doch der überdramatisierende journalistische Sachverständige der politischen Legende, daß in der Vergangenheit meistens der Kandidat die Nominierung als Präsidentschaftskandidat gewonnen habe, der die Vorwahl in *New Hampshire* für sich entschieden hatte. Und dieser Mann hieß am Abend des 20. Februar Pat Buchanan. Dole schien politisch tot zu sein, und Clinton sah fast schon wie der neue Präsident aus, weil davon auszugehen war, daß die Wähler sich am 5. November niemals für den reaktionär-fundamentalistisch-rassistischen Buchanan entscheiden würden.

---

#### Vier Dienstage im März

---

Am 24. Februar gewann der reiche Verleger Forbes die Vorwahl in dem kleinen *Delaware*. Forbes, einer der reichsten Männer der USA, bezahlte seinen Wahlkampf aus eigener Tasche. Er trat vor allem in seiner Fernsehwerbung mit giftigen, negativen Behauptungen über die Mitbewerber in Erscheinung. Er vertrat den programmatischen Gedanken, eine einheitliche niedrige Basissteuer für alle Steuerzahler einführen zu wollen, auf die Steuerprogression zu verzichten und damit dem Land eine glückliche ökonomische Zukunft zu eröffnen. Die Vorschläge des Kandidaten Forbes wurden von den Fachleuten nie ernst genommen. Aber dennoch:

Forbes hatte in Delaware Dole und Buchanan auf die nächsten Plätze verwiesen.

Am 27. Februar waren die Vorwahlen in *Arizona*, *North Dakota* und *South Dakota*. In den Dakotas setzte sich Dole – zum ersten Mal bei den Vorwahlen – sicher durch, aber Forbes gewann überraschend Arizona vor Dole und Buchanan. Jetzt ergab sich ein Bild, das sich leicht zu differenzieren begann. War Bob Dole tatsächlich schon ausmanövriert, wie es nach Iowa und New Hampshire ausgesehen hatte? Nach den Vorwahlen in Arizona und in den Dakotas zeigte sich Neues. Buchanan war nicht mehr zwingend ein Gewinner, wie es nach Louisiana und New Hampshire ausgesehen hatte. Auch Forbes konnte Vorwahlen gewinnen. Dafür überlegte Lamar Alexander schon, ob er nach seinen Mißerfolgen ausscheiden sollte.

Am 2. März gewann Dole (vor Buchanan und Forbes) in *South Carolina*, einen Tag später auch in *Puerto Rico*. Diese beiden Vorwahlen bedeuteten den Übergang zu dem „kleinen Super-Dienstag“, dem *Yankee Super Tuesday*, am 5. März. Yankee Super Tuesday hieß dieser erste Märzdienstag, weil an ihm in sieben Staaten der Ostküste (Georgia, Maryland, Connecticut, Massachusetts, Rhode Island, Vermont und Maine) und in *Colorado* gewählt wurde. An diesem 5. März gelang Dole der Durchbruch. Er hatte auf einmal insgesamt fast 300 Delegiertenstimmen auf seine Seite gebracht, die bescheidene Ausbeute im Februar eingerechnet. Die Mitbewerber Alexander und Lugar schieden aus und empfahlen den Delegierten, die sie gewonnen hatten, sich dem Lager Doles zuzuwenden. Innerhalb von vier Tagen – zwischen dem 2. und 5. März – war Doles Vorsprung uneinholbar geworden.

Am 8. März wählten die Republikaner in *New York*, und Bob Dole gewann auch diesen Staat. Er hatte damit 383 (von den erforderlichen 996) Delegierte auf seiner Seite. In seinen Reden setzte sich Dole bereits mit Präsident Clinton auseinander und ging kaum noch auf die verbliebenen Mitbewerber Forbes und Buchanan ein. Schon am 9. März – Dole sprach in Oklahoma City – zielte Dole auf die Fehler von Clintons Bosnienpolitik, so wie er sie sah. Dole war binnen einer Woche als Herausforderer des Präsidenten aufgestanden, was auch ein großes Verdienst seiner Helfer war, die im Hintergrund das Drehbuch für den Wahlkampf Doles schreiben. „Auf einmal ging es jetzt um amerikanische Außenpolitik in Bosnien, in Haiti und gegenüber Kuba, nicht mehr um den innerparteilichen Kampf gegen die zwei Mitbewerber.“

Die caucuses in *Missouri* am 9. März gaben Buchanan ein paar Delegierten mehr als Dole, ehe am zweiten Super Tuesday, am 12. März, Bob Dole sich in sieben weiteren Staaten (darunter Florida, Texas, Oregon und Staaten des Bible Belt) durchsetzte. 362 Delegierte waren zu bestimmen gewesen, und Dole vereinigte nahezu alle auf sich. Nach diesem zweiten Super Tuesday war Doles Delegiertenzahl auf 741 angestiegen. Forbes schied aus und empfahl Dole. Mehrere Staaten des Bible Belt – Mississippi, Tennessee, Oklahoma –

hatten am 12. März für Dole gestimmt. Das bedeutete, daß der sich auf die religiös-konservative Rechte stützende Buchanan auf einmal zum Muster ohne Wert geworden war. Dole war zum Fast-Sieger geworden.

Am 19. März gewann Dole im mittleren Westen die vier Staaten *Michigan*, *Wisconsin*, *Illinois* und *Ohio*. Bis zu 61 Prozent der Stimmen gingen an Dole. Buchanan konnte nur in Michigan ein Drittel der Stimmen erringen. Dole hatte mehr als 1000 Delegierte auf sich verpflichtet, und sein Schlachtruf lautete von nun an: „Nur noch 230 Tage bis zum Sieg über Clinton.“ Buchanan wollte weitermachen und bei den ausstehenden Primaries so gut abschneiden, daß er in San Diego seine ideologischen Vorgaben in das Wahlprogramm einfließen lassen konnte. *Kalifornien*, *Nevada* und *Washington* veranstalteten am 26. März ihre Vorwahlen, die Bob Dole überlegen gewann. Aus einem Verlierer war binnen eines Monats ein strahlender Gewinner geworden.

Die Gefahr kam plötzlich aus anderer Ecke auf die Republikaner zu. Als Dole gerade am 19. März im Midwest siegte, erklärte der texanische Milliardär *Ross Perot*, der bereits 1992 zum Schrecken der Republikaner geworden war und *George Bush* aus dem Weißen Haus vertrieben hatte (vgl. HK, Oktober 1992, 458 f.), er wolle auch diesmal als unabhängiger Kandidat antreten. Voraussetzung sei, daß die von ihm mitgegründete Reformpartei ihn dazu auffordere. Perot besitzt Geld genug, um einen spektakulären Medienwahlkampf zu finanzieren, und er wäre der bessere Steve Forbes. Die Situation des Jahres 1992 schien aktualisiert zu sein. Würde Dole sich auf einmal gegen zwei unabhängige Kandidaten wehren müssen? Sind Buchanan und Perot angetreten, um Clinton zur Wiederwahl zu verhelfen?

### Ausgangsperspektiven für den kommenden Wahlkampf

Nachdem er 1980 und 1988 erfolglos gegen Reagan und Bush antrat, wird Dole dieses Mal der Kandidat seiner Partei werden. Er wird damit der älteste Präsidentschaftskandidat, den Amerika je hatte – älter auch als Ronald Reagan im Herbst 1980. Dole gilt als farblos und uninspiriert. Zugleich wird er als instinktsicherer, ehrgeiziger und solider Politiker beschrieben, der auf jede spektakuläre, scheinpolitische Geste verzichtet. Als Soldat des Zweiten Weltkriegs verlor er den rechten Arm, was ihn deutlich von Clinton abhebt, dem schon im Wahlkampf 1992 von Bush vorgehalten wurde, sich während des Vietnamkrieges der Einberufung entzogen zu haben. Doles insgesamt wenig strahlendes Eigenschaftsprofil war die Ursache dafür, daß Präsident Clinton im April bei allen Meinungsumfragen bis zu 15 Punkte vor seinem künftigen Herausforderer lag.

Ein Wähler in South Carolina hat im Vorwahlkampf einmal geäußert: „Lieber einen Präsidenten ohne Ideen als noch einmal Clinton“ (Neue Zürcher Zeitung, 9./10.3.1996). Das würde bedeuten, daß sich die vorhandene Unzufriedenheit

mit Clinton durchaus auch mit dem weniger strahlend daherkommenden Bob Dole anfreunden könnte. *Newt Gingrich*, der Speaker des Repräsentantenhauses und programmatischer Führer der Republikaner, setzte Doles „Farblosigkeit“ und sein schlechteres Abschneiden in den für September und Oktober zu erwartenden Fernsehdebatten stillschweigend voraus, um sofort diese „negativen“ Eigenschaften – sind sie tatsächlich so negativ, wie sie die permanente Glamourerwartung erscheinen läßt? – zu einem Positivum für Dole umzukehren. Dole sei ein ehrlicher und fähiger Mann, der halte, was er den Menschen verspreche. Wer einen Präsidenten wolle, der ein Desaster vermeiden könne, müsse Dole wählen. Clinton würde nur jemand wählen, der einen Präsidenten suche, welcher das Desaster brillant erkläre. Damit hatte Gingrich auf die Tugenderwartungen des einfachen, bescheidenen, am Erhalt der überkommenen Werte interessierten Amerika angespielt. Gingrich wollte klarmachen, daß auch Dole einer von diesen soliden Menschen des *Mainstream America* sei. Angespielt war zugleich auf eine der Sollbruchstellen des kommenden Wahlkampfes, in dem die Republikaner – wie schon 1992 – nicht nachlassen werden, immer wieder auf die Charakterfrage (character issue) bei Clinton hinzuweisen. Darüber hinaus diente Gingrichs Eintreten für Dole auch seinem Interesse, die eigenen Optionen auf die republikanische Präsidentschaftskandidatur des Jahres 2000 nicht dadurch zu mindern, daß er den Wahlkampf Doles nicht tatkräftig genug unterstützt.

Viel wird davon abhängen, wen Dole als *Kandidaten für die Vizepräsidentschaft* auswählen wird. In diesem Zusammenhang wurde im März immer wieder der Name *Colin Powell* genannt, und auch Dole selbst hat in der Siegesfreude nach dem Super Tuesday am 12. März davon gesprochen, zusammen mit Powell das Beliebtheitsdefizit gegenüber Bill Clinton am besten ausgleichen zu können.

Colin Powell wurde in allen Umfragen, die seit 1994 durchgeführt wurden, als die einzige Person ermittelt, die bei einer Wahl den amtierenden Präsidenten deutlich schlagen könnte. Powell schienen alle Türen zum Weißen Haus weit offen zu stehen. Außerdem wäre er der erste Schwarze gewesen, der das Präsidentenamt hätte gewinnen können. Doch am 8. November 1995 machte der heimliche Kandidat allen Spekulationen um seine Person ein Ende: der virtuelle Sieger gegen alle denkbaren politischen Gegner wollte nicht in den Wahlkampf einsteigen.

Powells Lebensgeschichte erschien 1995 unter dem Titel „My American Journey“ (deutsch erschienen als „Mein Weg“, München 1996). Der Eindruck entsteht, daß in Powells Buch über einige dunkle Punkte des unwilligen Präsidentschaftskandidaten elegant hinweggeschrieben wurde. So war Powell während des Vietnamkrieges Planungsoffizier der Einheit, die kurz vor seinem Eintreffen das Massaker von My Lai verübt und danach lange vertuscht hatte. Diese Vorgänge in Vietnam werden in Powells Buch kaum erwähnt. Viel später war er in höchster Position im Pentagon und Weißen Haus tätig, als unter Präsident Reagan die Iran-

Contra-Affäre ausgeheckt wurde. In seinem Buch schreibt Powell nur allgemein, in diese Affäre nicht verwickelt gewesen zu sein. Und schließlich war Powell der höchste militärische Führer, als der Golfkrieg gegen Saddam Hussein übereilt abgebrochen wurde, was schon seit Jahren als schwerer taktischer Fehler erkannt worden ist.

Es war möglicherweise die heimliche Angst Powells, daß die kritische Durchleuchtung seiner Kandidatenbiographie auch die dunklen Punkte der so glanzvoll verlaufenen Karriere ans Licht bringen würde. Die Enthüllungen wären bei jedem Kandidaten schonungslos vermarktet worden, um ihn sehr schnell auf das politische Normalmaß zurechtzustutzen. Wieviel mehr mußte Powell als Schwarzer befürchten, daß den kritischen Enthüllungen über ihn immer auch ein rassistischer Unterton beigemischt sein würde. Folgerichtig lehnte Powell in einem Interview der *Chicago Sun-Times* vom 17. März auch ab, als Doles Vizepräsidentenkandidat anzutreten.

### Buchanan oder die Bedrohung durch die extreme Rechte

Wenn wir uns nicht in politische Kaffeesatzleserei verlieren wollen, verbieten sich alle Vorhersagen über das Wahlergebnis am 5. November. Auszugehen ist nur von dem erdrutschartigen Sieg der Republikaner bei den Kongreßwahlen des 8. November 1994. Ein Jahr danach, am 7. November 1995, schien sich bei lokalen und regionalen Wahlen der Siegeszug der Republikaner verlangsamt zu haben. Zu nennen sind die Wahlen zum Staatsparlament in Virginia, bei denen die Demokraten gegen alle Erwartungen weder im Senat noch im Abgeordnetenhaus in die Minderheit gedrängt wurden. Im Parlament von Mississippi blieben die Demokraten – wieder gegen die Prognosen – in der Mehrheit. Im Abgeordnetenhaus von Maine gewannen sie sogar die Mehrheit zurück. Anfang 1996 ergab sich in Oregon die Situation, daß bei einer Austauschwahl für den Senat der USA, die wegen des unehrenhaften Ausscheidens des Inhabers nötig gewesen war, zum ersten Mal nach 34 Jahren ein Demokrat gewählt wurde.

Wie in der gegenwärtigen Ausgangssituation die Vorteile für die Kandidaten Clinton und Dole verteilt sind, ist nicht zu erfassen, und wir wollen uns ja aller Vorhersagen, die leicht unzutreffend werden können, enthalten. Erlaubt, weil kritisch überprüfbar in den kommenden Monaten, ist einstweilen nur die allgemeine Feststellung, daß Clintons Beliebtheitsvorsprung wenig besagt, wenn Ereignisse und neue Entwicklungen die politische Situation wesentlich verändern und damit auch die Einstellungen der Wähler zu den Kandidaten sich wandeln werden.

Auch wenn Bob Dole mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit der Präsidentschaftskandidat der Republikaner wird, so bleibt der unterlegene Buchanan in den kommenden Wochen dennoch ein zu beachtender Störfaktor.

Das in doppeltem Sinne: *Innerhalb* der Partei als der Politiker, der möglichst viel rechtsextremes Gedankengut in die Wahlplattform der Republikaner transportieren will; *außerhalb* der Partei, die sich um Dole zusammenschließen wird, möglicherweise als unabhängiger Kandidat, der das extrem konservative Segment der Wählerschaft an sich bindet und Dole damit so viele Stimmen wegnimmt, daß er gegen Clinton unterliegen muß. In dieser ungewissen Situation lohnt sich ein kurzer Blick auf Buchanans politisches Programm.

Im offiziellen Informationsblatt zu den Primaries in Oregon, das die Kandidaten vorstellte, hatte Buchanan sein Programm in 18 Punkten stakkatoartig zusammengefaßt. Seine Programmideen waren eine einzige Kakophonie aus frommem Nationalismus, amerikanischem Imperialismus, Isolationismus und Rassismus. Buchanan forderte der Reihe nach die Einstellung der Entwicklungshilfe, die Wiederherstellung der verlorenen Souveränität der USA und die totale Unterbindung des widerrechtlichen Einströmens von Ausländern. Die militärische Dominanz der USA war Buchanans zentraler Punkt: „Nie mehr amerikanische Truppen unter dem Kommando der UNO, Frieden durch Stärke aufrechterhalten, Amerika soll die stärkste Militärmacht zu Land und See, in der Luft und im Weltraum bleiben.“ Aufgegeben werden sollten sämtliche Programme zur Gleichstellung der Schwarzen: Von der Bildungspolitik Washingtons hielt Buchanan nichts; das Department of Education soll aufgelöst werden. Er forderte, daß mehr Konservative in den Supreme Court berufen werden, daß die Nationalflagge durch einen Verfassungszusatz besser geschützt werde und daß – ganz im Sinne von Christian Coalition und Moral Majority – das tägliche Gebet und die Bibel wieder in den Schulen eingeführt werden.

### Für Präsident Clinton ist schon alles Wahlkampf

Abzusehen ist, daß die breite Mitte der Wählerschaft, die es trotz der Agitation von rechts nach wie vor gibt, durch den Gesinnungsterror der konservativ-fundamentalistischen Gruppen verprellt werden wird. Im November könnte darum der Fall eintreten, daß die Republikaner nach ihrem Erdrutschsieg bei den Kongreßwahlen vor zwei Jahren ausgerechnet durch ihre überzeugtesten Gefolgsleute – vertreten durch Buchanan – am Wiedergewinn der Präsidentschaft gehindert werden. Weil die breite Mehrheit der Amerikaner weiß, daß der politisch-ekstatische Puritanismus nicht gut ist für das Land und darum auch nicht für das Weiße Haus taugt, wird Clintons Wahlkampfstrategie darauf ausgerichtet sein müssen, Dole vor den Augen der Öffentlichkeit ins extrem-konservative Abseits zu drängen. Der Wahlausgang wird am 5. November davon abhängen, ob Clinton diese Strategie durchsetzt, oder ob Dole die von Buchanan ausgehende Bedrohung minimieren kann und selbst zum politisch-inhaltlich begründeten Angriff auf Clinton übergehen kann. Während die Republikaner in den Vorwahlen in heftige inner-

parteiliche Auseinandersetzungen über ihren Präsidentschaftskandidaten verstrickt waren, instrumentalisierte Clinton als amtierender Präsident fast alle Politikbereiche als Werbeträger für seinen Wahlkampf, der streng genommen erst nach dem *Labor Day*, dem 2. September 1996, beginnen wird.

Angedeutet wurde schon der *Summit of Peacemakers* am 13. März in Scharm el Scheich, auf dem der Präsident sein Kontrastprogramm zu den Primaries des Super Tuesday am 12. März werbewirksam aufführte. Die Verschärfung der *Wirtschaftssanktionen gegen Kuba* durch ein von Clinton unterzeichnetes Gesetz – gedacht als Bestrafung Kubas für den Abschub zweier amerikanischer Privatflugzeuge über internationalen Gewässern (Kuba sprach stets von einem Abschub innerhalb seines eigenen Luftraums) – wurde besonders in Lateinamerika, Kanada und der Europäischen Union als amerikanischer Versuch verstanden, andere Staaten der juristischen Bindewirkung eines nationalen Gesetzes zu unterwerfen.

Es entsteht ein ungutes Gefühl, wenn die legislative Aktion der USA – ausgelöst durch die Flugzeugabschüsse und erzwungen durch Clintons schwache Position gegenüber dem durch die Republikaner beherrschten Kongreß – aus internationaler Sicht als imperiale Geste der Supermacht gedeutet werden muß, bei der innenpolitischer Populismus und außenpolitische Drohgebärde zu einer Einheit zusammenfließen. Die Ähnlichkeit mit russischen Drohgebärden der imperialen und pseudo-imperialen Art ist nicht zu

## Vertrauen Sie uns Ihre Hilfe an.



Über 15 Millionen herumstreunende Kinder in Asien, ohne Bezugsperson oder Elternhaus sind eine bittere Realität. Die Salesianer Don Boscos holen die Kinder von der Straße. Sie geben vielen ein Zuhause und allen eine berufliche Ausbildung. Es gibt viele Beweise, daß ehemalige Straßenkinder heute vollverantwortlich im Leben stehen. Vertrauen Sie uns Ihre Hilfe an.

**X** Ja, bitte senden Sie mir ausführliche Informationen.

Name

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Bitte ausfüllen und absenden an:



Pater Karl Oerder SDB,  
Missionsprokur der  
Salesianer DON BOSCOS,  
Sträßchensweg 3 · D-53113 Bonn  
Telefon 02 28/23 10 84

Bank für Sozialwirtschaft  
Straßenkinderfonds-Konto 1078001  
BLZ 37020500

verkennen. In der amerikanischen Außenpolitik scheinen Verhaltensmuster wiederbelebt zu sein, die um die Jahrhundertwende – wohlgermerkt: gemeint ist die Wende zum 19. Jahrhundert! – die lateinamerikanischen Staaten in Abhängigkeit und Schrecken hielten. Fast scheint es so, als praktiziere auch Clinton den durch den fanatischen Pat Buchanan vorgetragenen Glaubenssatz des „Second to none“ in eigener Kompetenz.

Dem nördlichen Nachbarn *Kanada*, das nicht unbedingt als lateinamerikanischer Bananen- und Drogenstaat mißdeutet werden sollte, geht es nicht viel besser als Kuba. Im ereignisreichen März 1996 hat der amerikanische Kongreß die *Inside Passage* zwischen der Nordoststecke der USA und Alaska, die bisher anerkanntermaßen als „inneres Gewässer“ unter der vollen Souveränität Kanadas galt, zu einem „Küstengewässer“ erklärt, das wegen der Beschränkungen durch das internationale Seerecht der vollen Souveränität Kanadas entzogen werden soll. Die *Inside Passage* verläuft im Schutz des kanadischen Vancouver Island und der Queen Charlotte Islands vor der kanadischen Westküste. Schiffe, die diesen geschützten Seeweg wählen, müssen nicht den gefährlicheren, längeren und teureren Umweg über den offenen Pazifik nach Alaska nehmen.

Aber das ist noch nicht der eigentliche Kern des Problems. In Wirklichkeit geht es um den kanadischen Königslachs, der in den Flüssen Kanadas geboren wird. Die Tiere ziehen im Laufe ihrer Entwicklung auch vor die pazifischen Küsten Alaskas, wo sie von hochtechnisierten amerikanischen Lachsfangschiffen in exzessivem Stil gefischt werden. Kanada, das seinen Lachsreichtum bewahren und die Bestände von den Amerikanern nicht überfischen lassen will, strebte schon lange ein bilaterales Abkommen über Fangquoten an. Die USA entzogen sich einem solchen Abkommen immer wieder, bis dann Kanada im Jahr 1994 auf der *Inside Passage* für die amerikanischen Lachsfangschiffe eine Durchfahrtgebühr von 1500 Dollar einführte.

Die USA ließen sich auf Verhandlungen ein, woraufhin der kooperative Nachbar Kanada die Gebühren sofort wieder aufhob. Die Gespräche zogen sich ergebnislos in die Länge und scheiterten Anfang März 1996 ganz. Der amerikanische Kongreß reagierte sofort, wie es sich für das Parlament einer Supermacht auch gehört. Schon wenige Tage nach dem Scheitern der Lachsverhandlungen war beschlossen, die *Inside Passage* zum „Küstengewässer“ mit verändertem seerechtlichem Regime zu erklären – und: die 1994 bis zum Beginn der Lachsverhandlungen gezahlten Gebühren wurden zurückgefordert.

Einstweilen ist unklar, wie die Krise um *Taiwan*, die China vor den taiwanesischen Wahlen am 23. März ausgelöst hatte, und die Reaktionen der Regierung auf den amerikanischen Wahlkampf zurückwirken werden. Die Taiwankrise war von außen aufgezwungen und erforderte ein besonnenes, konfliktminimierendes Reagieren der amerikanischen Politik. Sollte diese Strategie bis zur Wahl im November erfolgreich

sein, wird Clinton in den kommenden Monaten auf das Fingerspitzengefühl seiner Regierung verweisen können. Umgekehrt könnten aber auch etwaige krisenhafte Entwicklungen für den Wahlkampf des Präsidenten genutzt werden, um seine Führungskraft, seine „leadership“, noch besser darzustellen.

Man muß wissen, daß *leadership* eine amerikanische Zentraltugend ist, an der jeder gemessen wird. So müssen beispielsweise schon Schulabgänger, die irgendeine zweitrangige Hochschule besuchen wollen, ihre Befähigung zu *leadership* in den Gutachten von Lehrern, Pfarrern und Sporttrainern bestätigt bekommen, wenn der nächste Schritt auf der Karriereleiter gelingen soll. Innerhalb dieser Denkkategorien wäre es dann auch für Clinton geradezu ein Gütesiegel, in der Auseinandersetzung mit China *leadership* gezeigt zu haben. *Leadership* – das ist die Umsetzung des „second to none“ in den Lebenslauf des kleinen Mannes und der kleinen Frau.

Das Weiße Haus sah es einstweilen als geraten an, Clintons *leadership* erst einmal auf unverfänglicherem Gebiet auszuprobieren. Am *NetDay96*, der zufällig vor dem 12. März 1996, dem zweiten Super Tuesday, lag, hielt der Präsident auf dem Schulhof der Ignacio Valley High School in Concord bei San Francisco eine kurze Ansprache über den großen Wert der neuen Informationstechniken für die Zukunft der USA. Clinton stieg dann auf eine Leiter und verlegte zusammen mit Vizepräsident Gore das Kabel, welches die Schule an das Internet anschließen sollte. Spezialisten waren hilfreich bemüht, damit die richtigen Stöpsel auch zusammenfanden. Dann war die Verbindung hergestellt, und auf dem Monitor tauchte auf einmal die Homepage des Weißen Hauses auf. Zur profunden Unterrichtung der Dabeistehenden teilte ein fröhlicher Clinton mit: „Look, da bin ich daheim.“

### Wahlwerbung als Showgeschäft auf allen Ebenen

Das Geschehen am *NetDay96* hatte mehrere Dimensionen. Einmal war *NetDay96* Teil der kollektiven Verführung zur „Datenautobahn“, die sich über Politiker und Volk ergießt (vgl. HK, Oktober 1995, 556 f.). Da Vorteile und Nachteile der Medienzukunft bis zum 5. November unbeweisbar sind, war der Auftritt Clintons am 9. März 1996 in Concord eine gute Wahlkampfentscheidung. Zum anderen war Eltern und Lehrern landesweit Clintons Interesse für die Kids demonstriert. Außerdem gehörte Concord fast schon zu *Silicone Valley*, wo die Firmen für Hard- und Software konzentriert vorhanden sind. Clintons Image als „nice guy“, der sich persönlich um die Schulen der Nation kümmert, wurde gleich auf mehreren Ebenen demonstriert. Nur ganz wenigen wird beim Zuschauen eingefallen sein, daß auch George Bush sich einmal als „education president“ feiern ließ, ohne daß dies dem schul- und bildungsmäßigen Fortschritt der Amerikaner besonders geholfen hätte.

Es wäre ein Mißverständnis, wollte man Clinton als eine herausragende Einzelbegabung beim Ausnutzen öffentlicher Werbechancen ansehen. Der New Yorker Bürgermeister *Rudolph Giuliani*, Republikaner und Katholik italienischer Abstammung, ist wenige Tage nach den zwei Selbstmordattentaten auf die Jerusalemer Buslinie 18 mit seinem Amtskollegen Olmert in einem Bus der Linie 18 zum Tatort gefahren, um Gedenkkränze niederzulegen. Die Terroranschläge hätten seine Stadt derart erschüttert, als seien sie in New York selbst begangen worden, teilte Giuliani in die Mikrophone mit. Wenn man an die fast zwei Millionen Ju-

den im Großraum New York denkt, ist an der Wahrheit in Giulianis Worten nicht zu zweifeln.

Was an Giulianis Geste so menschlich-verständnisvoll wirkte, hatte aber doch noch einen anderen Bezugsrahmen. Im November 1997 steht nämlich Giuliani selbst zur Wiederwahl als New Yorker Bürgermeister an, bei der er auf die „Jewish vote“ angewiesen ist. Also: indirekte und permanente Wahlwerbung als gekonntes Showgeschäft auf allen Ebenen – die amerikanischen Politiker sind Kinder Hollywoods und der Fernsehdemokratie zugleich. *Honi soit qui mal y pense ...*

*Hermann Vogt*

# Eine theologische Wende?

## Entwicklungen in der französischen Philosophie

*Theologie und Philosophie stehen heute weithin unverbunden nebeneinander, vermutlich zum Schaden beider Denk- und Verstehensweisen. Auf diesem Hintergrund verdient eine Diskussion in Frankreich Beachtung, bei der es um eine „theologische Wende“ innerhalb der phänomenologisch orientierten Philosophie geht. Von verschiedenen Ansätzen aus stoßen französische Philosophen auf das „Anderere“ des Denkens und eröffnen damit neue Perspektiven für die Gottesfrage.*

Im deutsch-französischen Kulturaustausch kam und kommt der Philosophie immer eine besondere Rolle zu: War es der Existenzialismus um *Jean-Paul Sartre* und *Simone de Beauvoir* in den 50er Jahren, der Strukturalismus eines *Claude-Lévy Strauss* und der Neo-Marxismus eines *Louis Althusser* in den 60er und 70er Jahren, so ist die Postmoderne-Debatte in Deutschland heute ohne die Rezeption der Arbeiten von *Jacques Derrida* („Grammatologie“, 1974; „L'écriture et la différence“, 1967), *Gilles Deleuze* („Différence et répétition“, 1968; „Rhizome“, 1976) oder *Jean-François Lyotard* („La condition postmoderne. Rapport sur le savoir“, 1979; „Le différend“, 1983) nicht vorstellbar. Der Streit um Pluralismus und Differenz, die Forderung einer „Vernunft im Plural“ (*Wolfgang Iser*) schlägt dabei Wege einer Dekonstruktion der „Meisterdenker“ (*André Glucksmann*, 1977) ein – eine zumeist Heidegger verpflichtete radikale Kritik am Logozentrismus europäischen Denkens, der im letzten Jahrhundert noch in den Werken von Fichte, Hegel, Marx und Nietzsche Gestalt angenommen habe. Heterogenität und Widerstreit werden betont, ausgerufen ist der „Krieg dem Ganzen, zeugen wir für das Nicht-Darstellbare, aktivieren wir die Widerstreite“ (Lyotard).

(„Le tournant théologique dans la phénoménologie française“, Éditions de l'Éclat) ausgelöste Polemik um die „theologische Wende“ der französischen Phänomenologie. Janicauds Studie stellt eine neue Phase der phänomenologischen Arbeiten in Frankreich fest, eine „Öffnung zum Unsichtbaren“, „zum Anderen“, „zu einer reinen Gabe oder einer ‚Ur-Offenbarung‘“. Seine teils recht polemische Auseinandersetzung mit Autoren wie *Emmanuel Lévinas*, *Jean-Luc Marion* und *Michel Henry* sieht deren phänomenologische Arbeiten als dem Geist der Phänomenologie als „rigoroser Wissenschaft“ entgegengesetzt an; die Phänomenologie werde „mißbraucht“, und zwar als „Sprungbrett für eine Suche nach der göttlichen Transzendenz“ (Le tournant théologique, 57); er schließt mit einem Plädoyer für eine Trennung von Phänomenologie und Theologie.

Ohne den Analysen Janicauds im einzelnen nachgehen zu wollen, stellen sie gerade im Blick auf die Begegnung von philosophischem Denken und theologischer Arbeit in Frankreich eine wichtige Problemanzeige dar. Ist die latente oder offensichtliche Polemik Janicauds Indiz für den bis in akademische Kreise hineinreichenden Laizismus der französischen Kultur, so öffnet sie auf der anderen Seite aber den Blick für ein in den letzten Jahren recht unentdecktes und unterbelichtetes Feld französischen Denkens: den konfessionellen bzw. religiösen Hintergrund einzelner Denker. Die Debatte um die „christliche Philosophie“, die in den 20er Jahren vor allem von *Etienne Gilson*, *Emile Bréhier* und *Henri Gouhier* geführt worden ist, scheint, in abgewandelter und mehr „ökumenischer“ Form (mit *Emmanuel Lévinas* ist

### Denken bekommt eine prophetische Dimension

Weniger beachtet im deutschen Sprachraum – und sicher auch von einem breiteren französischen Publikum – ist die durch ein 1991 erschienenes Buch von *Dominique Janicaud*